



Wohnbau:
**Haimbuchner sichert
leistbares Wohnen**

Seite 3

Masseneinwanderung:
**Obermayr kritisiert
EU-Phantasien**

Seite 6

EU-Wahl:
**Spitzenkandidat
Vilimsky im Interview**

Seite 11



Arbeitsplätze sichern

Die Wirtschaft spart nicht mit Kritik am Standort Österreich. Aufhorchen lässt die Kritik von VOEST-Generaldirektor Wolfgang Eder, der laut den Standort Linz infrage stellte. „Fehlende Reformen, übereifrige EU-Hörigkeit. Dieser Mix bedroht nun den VOEST-Standort Linz und somit tausende Arbeitsplätze in Oberösterreich. Wir müssen alles daransetzen, um die weitere Abwanderung von wichtigen Betrieben aus unserem Land zu verhindern“, so FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner.

Für Konzerne ist die Wettbewerbsfähigkeit vorrangig. Bereits jetzt investiert die VOEST Milliarden etwa in ein neues Werk in Amerika. „Wenn von der Konzernführung der Standort Linz infrage gestellt wird, sind Taten gefragt“, verweist der FPÖ-Landeschef auf die bereits jetzt hohe Rekordarbeitslosigkeit. „Es ist Zeit, endlich

die Lohnnebenkosten zu senken. Es muss Schluss sein mit den fragwürdigen CO₂-Emissionszertifikaten.“ Die Kritik am Wirtschaftsstandort Österreich aus Reihen der Wirtschaft über fehlende Reformen „erfordert Handeln – auch von Wirtschaftsminister Mitterlehner. Die arbeitsplatzfeindliche Politik von SPÖ und ÖVP muss

ein Ende haben. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen muss verhindert werden. Oberösterreich muss als VOEST-Standort über das Jahr 2019 hinaus gesichert werden. Denn steigt die Arbeitslosigkeit, sinkt die Kaufkraft und in weiterer Folge sind dann auch andere Wirtschaftszweige bedroht“, so Haimbuchner.

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Die Rekordarbeitslosigkeit in Oberösterreich hält weiter an. 37.384 Menschen sind im März arbeitslos gewesen, 11.593 waren in Schulungen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Steigerung von knapp elf Prozent bei den Arbeitslosen und ein Plus von 5,8 Prozent bei den Schulungen.

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner fordert angesichts der aktuellen Zahlen des AMS eine Bremse des negativen Aufwärtstrends: „Wir brauchen ein Impulsprogramm für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich, damit wieder mehr Leute eine Beschäftigung finden.“ Haimbuchner verweist darauf, dass es ihm als zuständigen Wohnbaurat gelungen ist, die

Bauleistung auf hohem Niveau zu halten: „Dadurch werden Arbeitsplätze ge-

sichert und geschaffen und Wohnraum wird durch mehr Angebot leistbarer.“



Wohnbau:**Kostenbremse kommt!**

Unnötige Ausstattung wie begrünte Dächer, Wand- und Deckenanstrich in Keller und Tiefgarage, bedruckte Glasfronten bei Loggien, durchgehend verglaste Laubengänge oder Metallfassaden – all diese Dinge verursachen Mehrkosten beim Wohnbau. Landesrat Manfred Haimbuchner will den sozialen Wohnbau jetzt wirtschaftlicher machen und hat deshalb einen Standardausstattungskatalog präsentiert.

Damit sollen Baukosten eingedämmt werden. „Es ist schwierig, kosten-deckende Wohnungen zu errichten, weil die Entwicklung der Baukosten und die Wohnbauförderungen weit auseinander klaffen“, so der freiheitliche Wohnbau-referent.

Erarbeitet wurden zwölf Empfehlungen und 32 Pflichtvorgaben. Gelten sollen diese ab 1. Jänner 2015 für alle Wohnbau-träger im sozialen Wohnbau in Ober-österreich. Unter den Bauträgern habe der Wettbewerb zu einer sehr auf-wändigen Ausstattung der Wohnungen und zu steigenden Kosten geführt. „Der Baupreisindex ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen“, erläutert Haimbuchner. Das führe zu höheren Mieten, wenn die Kosten nicht einge-dämmt werden. „Es geht nicht darum, die Qualität des Wohnens zu schmälern. Wir

müssen die Leistbarkeit des Wohnens ab-sichern“, so Haimbuchner.

Bei Stiegegeländern gibt es Edelstahl nur noch beim Handlauf, Lifte würden nur ab neun Wohnungen je Haus eingebaut, das mindestens drei Geschosse hat. Grund-risse sollen einfach und funktional ge-plant werden, sodass Standardmöblierung verwendbar ist. „Wir ziehen nun eine Brandschutzmauer hoch, um in Zukunft kostspielige Einsätze einer Krisenfeuer-wehr zu vermeiden“, will Haimbuchner mit diesem Standardausstattungskatalog aus der teuren „Qualitätsspirale“ im sozia-len Wohnbau. Auch mittels „Wirtschaft-lichkeits-Parameter“ – ebenfalls gültig ab Anfang 2015 – will Haimbuchner im sozia-len Wohnbau die „Kostenbremse“ zie-hen. Konkret geht es um ein Punktesystem basierend auf einer Studie der TU Wien. Beurteilt wird nach sechs

Kriterien: Nutzbare Fläche, Allgemein-, Fenster-, Dach-, Fassadenfläche und nutzbare Tiefgaragenfläche. Das Land gibt einen Gesamtwert vor, bei dem das Projekt wirtschaftlich ist. Bei einzelnen Punkten können die Vorgaben überschrit-ten werden, wenn sie bei anderen unter-schritten werden. In der Wohnbau-förderung gibt es Maximalgrößen (etwa 75 Quadratmeter für eine Drei-Zimmer-Wohnung).

Die Berechnung über Parameter soll Bau-trägern, Baufirmen und Planern in einer frühen Phase der Planung helfen, das Ge-samtgebäude zu analysieren. Haimbuch-ner betont, dass auch in Zukunft Kreativität gefragt ist. „Es geht darum, Wohnen leistbar zu halten. Denn Baufir-men klagen, dass sie es kaum noch schaf-fen, unter der Baukostenobergrenze der Wohnbauförderung zu bleiben.“



Dr. Manfred Haimbuchner:
„Wo andere reden, handle ich!“

- **Leistbares Wohnen gesichert**
- Sozialen Wohnbau zukunftsfähig gemacht
- Wirtschaftlichkeitsbeirat eingesetzt
- Projekt „**Junges Wohnen**“ auf Schiene gebracht
- Neubauleistung stabilisiert
- Jedes Jahr **2.500 neue geförderte** Wohnungen in Oberösterreich

Während Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Spindelegger das versprochene Wohnbausonderpaket in der Höhe von 276 Millionen Euro blockieren, mache ich in Oberösterreich den sozialen Wohnbau zukunftsfähig und befreie ihn von überflüssigem Ballast. Mit mehr Innovation und Dynamik.

SO geht Wohnbau!



Infos unter:
manfredhaimbuchner.at
WOHNBAULANDESRAT



„Österreich denkt um – zu viel EU ist dumm“

Eines der Hauptplakate im laufenden Wahlkampf mit FPÖ-Parteibmann HC Strache trägt den Slogan „Österreich denkt um – Zu viel EU ist dumm.“ Auf einem weiteren Großplakat – „Wir verstehen Eure Wut – Zu viel EU tut niemand gut“ sind HC Strache und Spitzenkandidat Harald Vilimsky zu sehen. „Die FPÖ ist die einzige Partei, die in Sachen EU „Klartext“ redet, Fehlentwicklungen anspricht und Alternativen aufzeigt. Die FPÖ ist die einzige EU-kritische Partei Österreichs“, betont Wahlkampfleiter Generalsekretär Herbert Kickl.

Die Regierungsparteien hätten sich, so Kickl, schon längst zur „verlängerten Werkbank“ der Europäischen Union gemacht. Die EU-Wahl sei daher auch eine Gelegenheit, Rot und Schwarz, die diese Fehlentwicklungen mittragen würden, einen „Denkzettel zu verpassen.“ Für die Freiheitlichen gilt: „Zuerst Österreich und dann die EU“, betonte Kickl. Bei allen anderen Parteien sei es genau umgekehrt.

■ Rückgewinnung national-staatlicher Kompetenzen

Die überbordende Bürokratie, der Zentralismus, die Einheitswährung, Massenar-

beitslosigkeit oder Sozialtourismus seien Fehlentwicklungen, die die FPÖ schonungslos aufzeigen werden. Man werde damit den „Nerv der Bevölkerung“ treffen. „Die EU als Friedensprojekt – darüber wird das Freiheitsprojekt völlig vergessen. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung und diese Selbstbestimmung nimmt die EU den Staaten und den Menschen Stück für Stück weg“, kritisiert Kickl.

Der Allmacht der Finanzwelt, Profitgier und Gewinnstreben werde in der EU alles untergeordnet, Reiche würden reicher, die Masse enteignet. „Auch dagegen set-

zen wir als FPÖ einen Kontrapunkt und zeigen Alternativen auf“, so Kickl. Klar widersprach der FPÖ-Generalsekretär den immer wieder gestreuten Behauptungen, die FPÖ wolle Österreich abschotten.

Vielmehr wolle die FPÖ den Rückgewinn der Kompetenzen, was auch eine Win-win-Situation für Österreich und Europa sei. Die FPÖ will auch den „blinden Erweiterungswahn“ der EU in die Schranken weisen. Wörtlich sprach Kickl von einem „Erweiterungsfirlefanz“.



WIR verstehen EURE Wut

Zu viel EU tut niemand gut

Am 25. Mai
~~FPÖ~~
EU & Rot-Schwarz

Denkzettel für

Harald Vilimsky
Spitzenkandidat

www.fpoe.at

f/hcstrache



FPÖ für mehr Föderalismus

EU-Konzept mit mehr Zentralismus ist falscher Weg

Die Österreicher sind der EU gegenüber skeptisch. Bereits 41 Prozent der Bürger sagen, dass uns der EU-Beitritt mehr Nach- als Vorteile gebracht hat. Nur mehr 22 Prozent glauben noch, dass die Vorteile überwiegen.

Dazu stellt FPÖ-Landesparteiobmann, LR Dr. Manfred Haimbuchner fest: „Die Euro- und Wirtschaftskrise ist längst nicht vorbei. Auch wenn uns das gerne weisgemacht wird. Vielmehr nimmt sie jetzt erst richtig Fahrt auf. Und die Menschen in Österreich wissen das. Sie sind konfrontiert mit der höchsten Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik und leiden unter den steigenden Lebenshaltungskosten.“

„Die EU reagiert mit immer mehr Zentralismus in der Krise. Es ist der falsche Weg mit immer mehr Europa und Brüssel. Die Menschen wollen diesen Weg zu den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ nicht. Denn die Bürger sehen klar, dass dabei die Demokratie vollends auf der Strecke bleibt. Der Souverän, also das Volk, wird von Brüssel und der EU immer mehr seiner Mitsprache, seiner Macht, beraubt“, so Haimbuchner. Gerade jetzt sollte das Ziel sein, wieder mehr Föderalismus zuzulassen. „Die Lösung muss sein: Weniger Europa und mehr staatliche Eigenverantwortung.“

„Dass die Bürger der EU skeptisch gegenüberstehen, ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass die EU für die Menschen

nicht greifbar ist. Nur 42 Prozent wollen an der EU-Wahl teilnehmen. Es muss uns gelingen, die Bürger zur Urne zu bringen. Wer für eine Änderung der derzeitigen Europa-Politik ist, muss sein Wahlrecht am 25. Mai aktiv ausüben. Die FPÖ steht in der Europapolitik für ein Europa der Vaterländer und ein Europa der Völker“, bekräftigt Haimbuchner.



LR Dr. Manfred Haimbuchner

Zugfahren für Familien ist teuer

Die ÖBB haben die Familienkarte umgestaltet. Damit kommt es zu deutlichen Verschlechterungen für Familien.

Insbesondere Mehrkindfamilien werden mit der neuen „VorteilsCard Family“ benachteiligt. FPÖ-Familien-sprecherin LAbg. Ulrike Wall fordert, dass die Schlechterstellung bei Mehr-kindfamilien korrigiert wird. „Die ÖBB erhalten vom Steuerzahler Milliarden. Sie sind daher in der Pflicht, diese Benachteiligung zurückzunehmen.“ Bislang konnten Eltern mit der „VorteilsCard Familie“, wenn sie mit ihren Kindern unterwegs waren, zum Jahrespreis von 19,90 Euro Bahnfahren. Kinder fuhren generell gratis. Nun darf nur noch ein Erwachsener zum halben Preis unterwegs sein, zwei Kinder dürfen umsonst mitfahren. Für die FPÖ-Familien-sprecherin ist es unverständlich, warum jedes weitere Kind weniger förderungswürdig sei und somit der volle Preis ab dem dritten Kind bezahlt werden müsse. „Dieses eigenartige Signal geht in die völlig falsche Richtung“, kritisiert Wall.

Bildungstests beibehalten

Für rund 160.000 Schüler wurden die für April und Mai geplanten Schultests verschoben. Die Vortestung zu PISA 2015 entfällt ebenso.

Kritik zu dieser Verschiebung kommt von den Freiheitlichen. „Wir sind für die Beibehaltung der Bildungstests“, sagt FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner, die sich für den Ausbau der Tests ausspricht. „Im Schulsystem findet ein großer Umbruch statt. Daher sind Vergleiche der Schulen untereinander, der Bundesländer und mit anderen europäischen Regionen von enormer Bedeutung.“

Vilimsky gegen Privilegien für Türken

Ausländische Bleifüße

Wie in den letzten Jahren auch, wird die Auswertung des Österreicherverkehrs den unhaltbaren Zustand auf den Straßen wieder deutlich aufzeigen: die zahlreichen ausländischen Raser, die geblitzt, aber nicht verfolgt werden können.

Nicht zu Unrecht sind die Österreicher darüber verärgert. „Während die Österreicher gnadenlos zur Kasse gebeten werden, erhalten ausländische Temposünder einen permanenten Freibrief“, kündigt Klubobmann Mag. Günther Steinkellner eine Anfrage im Landtag an. Damit sollen die entsprechenden Zahlen für das Jahr 2013 ans Tageslicht gebracht werden. Es ist bereits das fünfte Mal, dass die FPÖ die ungestraften Geschwindigkeitsübertretungen aufzeigt. „Wir werden nicht lockerlassen. Denn es ist nicht nur ungerecht, es geht hier auch um die Verkehrssicherheit. Kommen ausländische Schnellfahrer immer wieder ungestraft davon, werden sie weiterhin Bleifüße bleiben. Somit gefährden sie massiv die anderen Verkehrsteilnehmer“, zeigt Steinkellner auf.

Überdacht werden soll das Assoziierungsabkommen der damaligen EWG mit der Türkei aus Sicht von FP-Spitzenkandidat Harald Vilimsky. Mit dem EU-Beitritt im Jahr 1994 hat sich Österreich verpflichtet, dieses Abkommen vom September 1963 mitzutragen.

Es sieht für Türken einige Privilegien im Bereich der Einwanderung vor. Österreich hat allerdings seit dem EU-Beitritt sein Fremdenrecht verschärft, was mit dem Assoziierungsabkommen insofern in Konflikt steht, weil dieses ein Verschlechterungsverbot vorsieht.

Österreichs Verschärfungen betreffen einige Niederlassungs- und Aufenthaltsbestimmungen für Drittstaatsangehörige, was die Türkei – trotz Assoziierungsabkommens – als Drittstaat mit einschließt.

Die EU-Kommission hat Österreich mehrmals aufgefordert, jene Niederlassungs- und Aufenthaltsbestimmungen zu ändern, um sie mit Rechten für türkische Staatsbürger und ihre Familienangehörige in Einklang zu bringen, was Österreich bis dato ablehnt. Österreich würde ohnehin die Verschärfungen nicht anwenden und habe diesbezüglich auch einen Rundbrief an die betroffenen Stellen

verschickt, heißt es aus dem Innenministerium. Das geht aber der EU nicht weit genug. Die EU-Kommission will Änderungen der Gesetzeslage notfalls via Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erzwingen. Fraglich ist, ob die von der EU geforderten Gesetzesänderungen

nicht nur die Türkei, sondern im Endeffekt auch die anderen Drittstaaten privilegieren würden bzw. das österreichische Fremdenrecht aushebeln. Der freiheitliche EU-Spitzenkandidat ist über die Einmischung der EU jedenfalls empört.

Vilimsky hält fest, dass beim EU-Beitritt Österreichs keine Rede davon gewesen sei, dass man damit auf ewig den Zuzug von Türken erleichtern würde. „Ganz im Gegenteil: Mit Schilling-Garantie und Ederer-Tausender hat man die Bürger geködert“, erinnert er. Vilimsky sieht auch keinen Grund, Türken gegenüber anderen Drittstaaten zu privilegieren.“



Nein zur EU-Masseneinwanderung

Die EU-Granden phantasieren über weitere Zuwanderung, etwa über Visa-Erleichterungen für Drittstaatsangehörige. Gleichzeitig landen immer mehr Europäer auf dem harten Boden der Arbeitsmarktrealität. Und der Vierteljahresbericht der Kommission bestätigt: Die Situation am Arbeitsmarkt in der EU ist weiter kritisch. Statt Masseneinwanderung tritt die FPÖ für stärkere Grenzkontrollen ein.

„Die EU-Kommission will mit Visa-Erleichterungen die Wirtschaft ankurbeln“, kritisiert EU-Abg. Mag. Franz Obermayr. Auf der einen Seite droht, dass auf dem Arbeitsmarkt nicht integrierbare Zuwanderer in die EU kommen.

Gleichzeitig verlagern immer mehr Betriebe ihre Produktionsstandorte und unzählige Arbeitsplätze gehen verloren. „Ein dezenter Wirtschaftsaufschwung ist erkennbar, jedoch wurden

keine neuen Arbeitsplätze geschaffen“, zeigt Obermayr auf, dass bereits Betriebe wie die VOEST über eine Standortverlagerung nachdenken.

Laut EU soll der Tourismus gefördert und illegale Migration mit den Visaerleichterungen verhindert werden. „Erneut verleugnet Brüssel notorisch die Probleme. Statt Masseneinwanderung muss es verstärkt Grenzkontrollen geben“, fordert der EU-Abgeordnete.



EU-Abgeordneter
Mag. Franz Obermayr





Für uns ist der 1. Mai der Tag der Österreicher

„Geben wir der Regierung den verdienten Denkkzettel“

Während die SPÖ-Veranstaltungen am 1. Mai trotz „Kebab und Falafel“ immer kleiner werden, platzte der Europabierstadt am Urfahrnermarkt beim EU-Wahlkampfauftakt der FPÖ aus allen Nähten. Über 5.000 begeisterte Besucher hörten die Reden von FPÖ-Chef HC Strache, EU-Spitzenkandidat Harald Vilimsky und Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.

Gemeinsamer Tenor: Der 1. Mai ist der Tag der Österreicher. „Eine Stimme für die FPÖ ist eine Stimme für Österreich“, so Strache, der festhielt: „Wer nicht wählen geht, stärkt die EU-Zentralisten. Am 25. Mai kann man sich für oder gegen Österreich entscheiden.“ Strache kritisierte die Untätigkeit der Regierung angesichts der Rekordarbeitslosigkeit. Ein Stopp der unverantwortlichen Massenzuwanderung sei nötig. „Ich will nicht Europapolitiker werden, sondern Rot-Weiß-Rot-Politiker, der die Interessen Österreichs und der Österreicher in Brüssel vertritt“, betonte FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky.

„Geben wir der Regierung am 25. Mai den verdienten Denkkzettel“, so die klare Aus-

sage von Manfred Haimbuchner, der die SPÖ aufforderte, sich für den Erhalt der Industrie und damit tausender Arbeitsplätze einzusetzen.



Manfred Haimbuchner und HC Strache

„Match um Platz eins eröffnet!“

„Das Match um Platz eins ist eröffnet“, so EU-Spitzenkandidat Harald Vilimsky, der nicht mit Kritik an den politischen Mitbewerbern spart.

„Die Hälfte der ÖVP-Kandidaten, die bei der vergangenen Wahl angetreten sind, sind davon bedroht hinter ‚schwedischen Gardinen‘ zu landen. Und das bei einer ÖVP, die vorgibt, für ein besseres Europa einzutreten.“ Was die SPÖ betreffe, gäbe es einen ‚EU-Schnösel an vorderster Front‘, der mit seiner ORF-Pension ein angenehmes Leben habe und auch nicht wisse, was der Durchschnitt monatlich verdiene. „Wir Freiheitliche haben jedenfalls eine schlagkräftige Mannschaft. Und nicht diejenigen sind ‚schlechte Europäer‘, die für ein föderales Europa souveräner Nationalstaaten eintreten, „sondern diejenigen, die den Zentralisierungskurs in Brüssel immer weiter vorantreiben.“

Bundesheer:

FPÖ kritisiert Sparstift

Österreichs Bundesheer hat eine lange Tradition. Ebenso traditionell regiert dort jedoch der Sparstift. Im Landtag im April waren der Erhalt der Stellungsstraße in Linz und der Kaserne Freistadt Thema. FPÖ-Sicherheitssprecher, LAbg. Alexander Nerat, sprach sich dabei klar gegen die Schließungspläne aus. „Einsparungen sind hier in keiner Weise gegeben“, so Nerat.

Im heurigen Jahr absolvieren 8.725 junge Oberösterreicher die Stellung in Linz. Das sind 18 Prozent aller Stellungspflichtigen. Nerat: „Kommt es zu einer Verlegung in ein anderes Bundesland, werden nur die Kosten verlagert. Die FPÖ sagt Nein zu dem daraus resultierenden teuren und aufwändigen Stellungs-Tourismus.“ Auch die im Raum stehende Schließung der Tilly-Kaserne in Freistadt ist für die Freiheitlichen kein Thema. Die Tilly-Kaserne stehe bei Umfragen zur Zufriedenheit bei den Soldaten und Bediensteten „mit dem dienstlichen Umfeld“ mit 99 Prozent am Stockerl ganz oben. Der Fliegerhorst Vogler in Hörsching sei dagegen mit 40 Prozent weit abgesunken.

Seitens der FPÖ gibt es ein Bekenntnis für ein schlankes, aber gut ausgebildetes Bundesheer. „Struktureller Kahlschlag hat mit Einsparung nichts zu tun“, so Nerat.



LABg. Alexander Nerat



SPÖ hat Bauern jahrelang im Stich gelassen:

SPÖ-Propaganda zu Umweltschutz & Lebensmitteln

Ihr Interesse an Lebensmittelsicherheit und Umwelt hat die SPÖ ‚plötzlich‘ entdeckt und unter dem Titel ‚Für ein lebenswertes Europa‘ ein Sieben-Punkte Programm präsentiert. Für FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky „Bauernfängerei und Wählerfang auf unappetitliche Art und Weise.“ Viele Punkte, die die SPÖ-Kandidaten Eugen Freund und Karin Kadenbach nun propagieren, hätten sie jahrelang weder aufgegriffen, noch kritisiert.

Keine Gentechnik in Lebensmitteln, die Kritik am USA-EU-Freihandelsabkommen (TTIP), Bienenschutz, klare Kennzeichnung von Lebensmitteln, der Ausstieg aus der Atomkraft etc. seien alles Themen, die die FPÖ ausführlich thematisiert habe.

„Im Vorwahlkampf sorgt sich die SPÖ plötzlich um die kleinen bäuerlichen Betriebe in Österreich. Wo war aber dieselbe SPÖ in den Jahren seit dem EU-Beitritt? Da hat unser Land zigtausende Agrarbetriebe verloren und von der SPÖ war kein Wort dazu zu hören“, kritisiert Vilimsky. Fromm sei der SP-Wunsch nach keiner Gentechnik in Lebensmitteln. Immerhin werden jährlich mehrere hunderttausend Tonnen Gen-Soja nach Österreich importiert – als Futtermittel. Über nicht gekennzeichnete tierische Produkte landen diese dann auf den Tellern der Österreicher. Die Kommission entscheide außerdem zuverlässig pro Gentechnik, wenn im Rat – trotz größter Bedenken bezüglich zahlrei-

cher Gen-Konstrukte – die sogenannte „qualifizierte Mehrheit“ gegen eine Zulassung verfehlt wird. Ein aktuelles Beispiel bietet der Pioneer-Genmais, der nun in der EU zugelassen werden soll.

Gekrönt wird die sozialistische Propaganda mit dem Ansinnen, ein EU-USA-Freihandelsabkommen möge doch nichts an unseren hohen Lebensmittelstandards ändern. „Wenn einige SPÖ-Mandatäre im EU-Parlament dem Verhandlungsmandat an die Kommission für die Freihandelsgespräche mit den USA zugestimmt haben, war für ihre einschlägige Erfahrung selbstverständlich abzusehen, was das punkto Willfähigkeit der Verhandlungspositionen und Intransparenz der Verhandlungsführung bedeuten würde. Die SPÖ hat sich dazu ausgeschwiegen. Sie sollte weiter schweigen, denn die Österreicher werden ihrer Irreführung nicht auf den Leim gehen und der roten Doppeltzungigkeit am 25. Mai eine deutliche Absage erteilen“, so Vilimsky.

Praktikanten schufteten zum Nulltarif

Viele Studenten und junge Menschen wollen bzw. müssen für ihre Ausbildung ein Praktikum machen. Schon wiederholte Male gab es Berichte über Praktikumsplätze, die begehrt, jedoch schlecht bis gar nicht bezahlt werden. Auch bei den Einrichtungen in der EU arbeiten junge Menschen für eine gewisse Zeit mit. Nach wie vor fehlt jedoch ein Qualitätsrahmen für Praktika. Dieses Phänomen gibt es aber offenbar laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung auch im deutschen Bundestag.

EU-Abgeordneter Mag. Franz Obermayr hat bereits wiederholte Male auf diese Missstände hingewiesen und tritt für ein Mindestgehalt für Praktikanten im EU-Parlament ein. Auch österreichische Mandatäre im EU-Parlament gäbe es, die ihren Praktikanten keinen Cent zahlen. „Es ist nicht einzusehen, warum diese jungen Menschen, die oft hervorragend ausgebildet sind und eine beachtliche Leistung erbringen, überhaupt keine Entlohnung, ja nicht einmal eine Aufwandsentschädigung erhalten sollen. Gerade das wäre bei Auslandspraktika besonders wichtig, denn ein, zwei Monate Brüssel ohne Zuverdienst muss man sich als Student erst einmal leisten können!“ Es komme demnach zu einer ungerechtfertigten sozialen Selektion. Der jüngste Fall wurde nun Anfang April in Berlin aufgezeigt. Eine rote Staatssekretärin sortierte einen motivierten Bewerber aus, nachdem dieser nach einer möglichen Entschädigung fragte. Pikant dabei: Die SPD hat ähnlich ihrer Schwesternparteien in anderen EU-Ländern eine Mindestvergütung für Prakti-

kanten gefordert. Monatlich stehen Bundestagsabgeordneten über 16.000 Euro für Mitarbeiter zur Verfügung. „Da sollte man doch davon ausgehen können, dass die kolportierte soziale Ader der Sozialdemokraten wenigstens eine Mindestvergütung für erbrachte Leistungen möglich macht“, so Obermayr. Der O-Euro-Praktikant ist für Obermayr „Beleg der unsozialen Sozialdemokratie.“ Wortreich werde das soziale Gewissen auf Wahlplakaten abgedruckt. „Es sollten endlich Taten folgen. Manche Praktikanten erhalten nicht einmal den Aufwand für Anreise und Unterkunft vergütet.“

Das alles ist jedoch kein bundesdeutsches Problem. Denn auch in Brüssel zeigt sich, dass die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP kein Interesse an fairer Bezahlung haben. „Reine Willkür entscheidet“, so Obermayr, „darüber, ob es eine Bezahlung



gibt oder nicht.“ Kleines Detail am Rande: Die freiheitliche Delegation bezahlt 1.200 Euro monatlich.

Drogen als Flucht aus der Überlastung

Crystal Meth zählt zu einer der gefährlichsten Drogen unserer Zeit. Es macht sofort abhängig und zieht schwerste Langzeitfolgen nach sich. FPÖ-Gesundheitssprecherin LABg. Prim. Dr. Brigitte Povysil zeigt auf, dass besonders Oberösterreich davon betroffen ist. 70 Prozent der österreichweiten Anzeigen werden in Oberösterreich gemacht.

Daher solle das Land eine Studie über den Konsum von Drogen und insbesondere Crystal Meth in Auftrag geben, fordert die freiheitliche Landtagsabgeordnete. „Wir fordern einerseits eine Studie über die aktuelle Situation. Andererseits ist darauf aufbauend eine gezielte Infor-



mations- und Aufklärungskampagne gegen den Drogenmissbrauch notwendig“, so Povysil.

Verändert haben sich die Motive zum Drogenmissbrauch. Längst sind es nicht mehr nur noch die klassischen „Kinder vom Bahnhof Zoo“, die damit ihr Leben aufs Spiel setzen. Gemäß einer deutschen Studie nennt die Hälfte der Befragten eine Überlastung im Job als Grund für den Drogen-

konsum. Aber auch eine erschreckend hohe Anzahl berufstätiger Mütter greift wegen der Doppelbelastung zur gefährlichen Substanz Crystal Meth. Die Folgen sind katastrophal: Bereits die erste Einnahme dieser Droge führt zu einer Veränderung der Hirnchemie und des Charakters sowie zu psychischen Störungen. Povysil weiß: „Neben Psychosen und Hirnschäden sind Konsumenten binnen kürzester Zeit meist von Verfolgungswahn, Gedächtnisstörungen und Angstzuständen betroffen.“



FPÖ sieht erhebliches Einsparpotenzial beim Verzicht auf zweiten Parlamentssitz

EU-Wanderzirkus zwischen Brüssel & Straßburg

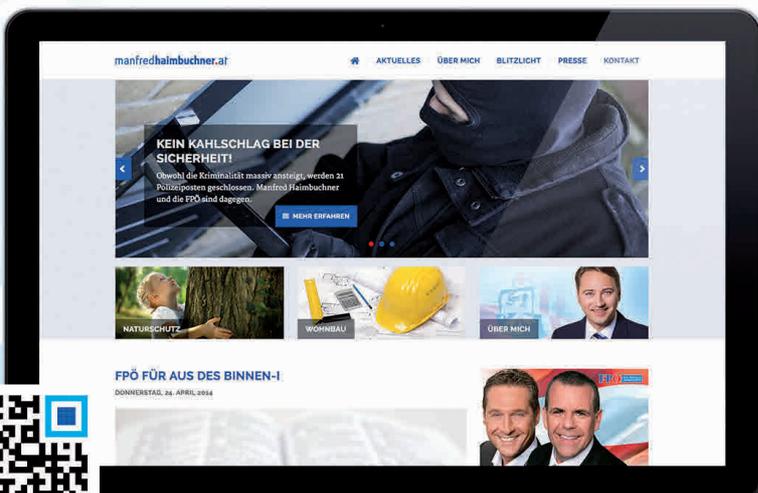
„Stellt man sich die Belegschaft eines großen Unternehmens vor, die im Monat drei Wochen in Linz arbeitet und eine Woche in Graz. Stellt man sich ebenso den Logistikaufwand von Personal und Material vor, den diese Pendelei notwendig macht. Nun kann man Ausmaß und Irrsinn der monatlichen Völkerwanderung zwischen Brüssel und Straßburg erahnen“, vergleicht der freiheitliche EU-Abgeordnete Mag. Franz Obermayr.

Tatsächlich müssen Berge von Akten, als auch 5.000 Personen, Abgeordnete, Mitarbeiter, Dolmetscher u.s.w. zwischen den beiden Parlamentsstandorten – Brüssel und Straßburg – monatlich hin und her befördert werden. Dies umfasst beträchtliche Kosten von circa 200 Millionen Euro jährlich, also rund 10 % des Jahresbudgets des EU-Parlaments. Nicht eingerechnet ist hier der Verlust an wertvoller Arbeitszeit, die nicht im Sinne der Bürger genutzt werden könnte oder die jährliche ökologische Belastung des „Wanderzirkus“ in Höhe von etwa 20.000 Tonnen Kohlendioxid. Der Sitz in Straßburg ist von einem „Symbol der Versöh-

nung“ nach dem Krieg, zu einem „Symbol der Verschwendung“ geworden.

Eine breite Mehrheit europäischer Abgeordneter aller Lager, steht hier einer fest verschworenen französischen Position gegenüber, die auf eine Gleichverteilung der EU-Institutionen in Europa sowie die Einhaltung bestehender Verträge pocht. Laut dieser Verträge ist der Sitz der Kommission in Brüssel, die Finanz in Luxemburg und das Parlament in Straßburg. Nachdem das EU-Parlament im Oktober 2013 mehrheitlich die Forderung nach einem Parlamentssitz bekräftigte, ist nun aber der Rat am Zug. „So kommen wir

nicht weiter! Dieses Problem muss endgültig gelöst werden. Das Parlamentsvotum war zwar ein wichtiges Signal, aber leider nur der erste Schritt. Wenn ich auch persönlich Straßburg bevorzugen würde, sollten die Staats- und Regierungschefs nun auf die notwendige Einigung mit Frankreich hinarbeiten, denn ein solcher Beschluss muss einstimmig angenommen werden und Frankreich wird eine Form der Kompensation fordern. Ich erwarte mir hier auch deutlich mehr Engagement der österreichischen Bundesregierung, denn das sind wir unseren Steuerzahlern schuldig“, so der EU-Mandatar Obermayr nachdrücklich.





**Mehr Informationen
finden Sie auf:
www.fpoe-ooe.at**




„Herr im eigenen Haus bleiben!“

Der Spitzenkandidat zur EU-Wahl, Harald Vilimsky, tritt im Interview für ein Europa souveräner Nationalstaaten ein. Kritik gibt es an der EU-Finanzpolitik, auch einen Zuwanderungsstopp soll es geben.

Immer mehr Menschen wenden sich von der EU ab und haben genug von den teils absurden Vorgaben aus Brüssel, die uns sogar die Glühbirnen verboten haben. Was wollen Sie unternehmen, um der österreichischen Bevölkerung Europa-Politik wieder näher zu bringen?

Vilimsky: Während die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP dem Zentralismus huldigen und noch mehr österreichische Kompetenzen an die EU abtreten wollen, kämpft die FPÖ für den Erhalt unserer Souveränität und gegen eine ausufernde EU-Bürokratie. Wir wollen keinen zentralistischen Bundesstaat nach dem Muster der USA, sondern eine europäische Konföderation souveräner Nationalstaaten mit einer starken direktdemokratischen Komponente.

Die EU finanziert Pleitestaaten mit unserem Geld, gleichzeitig muss in Österreich an allen Ecken und Enden gespart werden und es herrscht die größte Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten. Was kann die FPÖ dagegen machen?

Vilimsky: Die österreichischen Regierungsparteien und die Grünen sind mit ihrer Zustimmung zum ESM-Haftungswahnsinn mitverantwortlich dafür, dass Milliarden Euro an EU-Pleite-Staaten und Spekulationsbanken gehen. Die NEOS unterstützen sie dabei. Die FPÖ kämpft für ein Ende der Haftungen, weil wir unser Geld im eigenen Land brauchen. Wir wollen den Erhalt der nationalstaatlichen Volkswirtschaften, kein

Diktat der multinationalen Konzerne und kämpfen gegen die Fehlkonstruktion der Euro-Einheitswährung. Sollte es nicht gelingen, den Euro zu stabilisieren, beinhaltet dies auch die Möglichkeit einer eigenständigen Wirtschafts- und Währungspolitik. Das heißt: eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder die Einrichtung einer Währung auf Basis eines Verbundes ähnlich starker Volkswirtschaften.

In Österreich steigt die Zahl der Asylanten und Zuwanderer stetig an und es entsteht der Eindruck von „grenzenloser“ Kriminalität. Seien es die Kupferkabel von Bahnstrecken oder Grabkreuze und Grabschmuck von Friedhöfen. Was wird die FPÖ im EU-Parlament dagegen unternehmen?

Vilimsky: Es ist eine Tatsache, dass organisierte Kriminalität, Schlepperunwesen sowie Kriminaltourismus seit der Grenzöffnung im Rahmen des Schengen-Abkommens innerhalb der EU massiv zugenommen haben. Ein gewaltiger Asylstrom in Richtung Österreich kommt dazu. Die FPÖ will daher im Interesse der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung einen Volksentscheid darüber, ob unsere Grenzen weiterhin zu Lasten unserer Sicherheit und unserer sozialen Systeme bedingungslos geöffnet bleiben sollen oder nicht. Der Kriminalität und dem Asylmissbrauch muss kompromisslos der Kampf angesagt werden, denn es muss Österreich erlaubt sein, „Herr im eigenen Haus“ zu bleiben. Dazu gehört auch ein Zuwanderungsstopp für die EU und für Österreich.



Harald Vilimsky

Dafür stehen die FPÖ und Harald Vilimsky:

• Gegen EU-Zentralisierung

Vilimsky kritisiert die EU als höchst undemokratischen Verein, der den Banken und Konzernen viel Geld bringe. Statt dem derzeitigen Zentralisierungskurs brauche es für die einzelnen Mitgliedsstaaten wieder ein Maximum an Souveränität. Klar wird das Modell der Vereinigten Staaten von Europa abgelehnt. Die kulturelle Vielfalt in Europa müsse erhalten bleiben. Vilimsky würde die Zentralisierungsverträge von Lissabon bis Maastricht rückabwickeln. Stattdessen soll es eine europäische Gemeinschaft souveräner Staaten geben.

• Euro stabilisieren – ansonsten Rückkehr zu nationalen Währungen andenken

Was die gemeinsame Währung betrifft ist Vilimsky dafür, den Euro zu behalten, wenn es gelingt, diesen zu stabilisieren. Wenn das nicht gelinge, könne es entweder eine Teilung der Euro-Zone in zwei kompatible Wirtschaftszonen geben oder man muss als Ultima Ratio die Rückkehr zu nationalen Währungen andenken.



• Arbeitnehmerfreizügigkeit aussetzen

Kritisch betrachtet Vilimsky die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die er solange aussetzen möchte, bis die Lohn- und Wohlstandsniveaus der Mitgliedsstaaten einander gleich sind. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Annahme, dass sich die Einkommensniveaus in Ländern wie Bulgarien sowie Rumänien viel besser entwickeln würden, nicht aufging.

Heimatlandtour:

Haimbuchner unterwegs in OÖ

Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner ist mit seinen Wohnbau-Profis unterwegs in Oberösterreich. Gerne tritt Haimbuchner mit den Menschen in Kontakt und bietet bei den diversen Wochenmärkten den Bürgern die Möglichkeit des Kennenlernens, aber auch um konkrete Informationen zu erhalten. Wer möchte, kann sich von den Experten in Sachen Hausbau, Sanierung, aber auch punkto Wohnbeihilfe oder Förderungen beraten lassen.



Weitere Stationen der Heimatlandtour:

- Freitag, 16.05.14** 09.00–10.00 Uhr
Bad Ischl · Wochenmarkt, Stadtzentrum
- Freitag, 23.05.14** 09.30–10.30 Uhr
Linz · Wochenmarkt, Südbahnhofmarkt
- Donnerstag, 05.06.14** 10.00–11.00 Uhr
Steyr · Wochenmarkt, Stadtplatz
- Freitag, 06.06.14** 16.00–17.00 Uhr
Freistadt · Genussmarkt, Hauptplatz
- Freitag, 04.07.14** 13.30–14.30 Uhr
Traun · Bauernmarkt, Stadtzentrum
- Samstag, 05.07.14** 09.00–10.00 Uhr
Rohrbach · Wochenmarkt, Stadtplatz



„HAIMBUCHNER-TV“:

Information aus erster Hand

Regelmäßige Beiträge in Videoform gibt es von der FPÖ Oberösterreich im Internet. Diese Videos sind unter www.youtube.com/haimbuchnertv abrufbar. „Wir nutzen dieses Medium, um in Wort und Bild unsere Positionen an die Menschen zu bringen“, ist FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner davon überzeugt, dass die sozialen Medien auch im politischen Alltag in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen.



Impressum: MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Druck: Direkta Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZÖÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landesparteiobmann: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, C. Hartwagner, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ



YouTube.com
Haimbuchner TV
 aktuell • ehrlich • informativ